

# DEMOKRATIE IM AUSNAHMEZUSTAND

## Wie hat die Krise Lehre und Forschung an den Hochschulen verändert?

Manuel Becker

Wie so viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat die Corona-Pandemie die Hochschulen mit großer Wucht getroffen. Veränderungen an eingespielten, teils auch eingefahrenen Mechanismen in Lehre und Forschung wurden durch sie binnen kürzester Zeit erzwungen, deren ganzes Ausmaß wir erst langsam erahnen.

Die erste Reaktion auf die Verschiebung des Sommersemesterstarts in allen Bundesländern Mitte März und dem darauffolgenden Abschied von der Präsenzlehre war die Forderung nach einem „Nicht-Semester“. In einem Offenen Brief von Lehrenden wurde dafür plädiert, die Lehre in reduzierter Form stattfinden zu lassen und die Studierenden von Prüfungspflichten zu entbinden. Darüber entbrannte eine Kontroverse: Akteure wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schlossen sich der Forderung an. Zugleich gab es Widerstand. Der Berliner Wissenschaftsstaatssekretär Steffen Krach sprach von einem „Kreativsemester“, in der ZEIT wurde für ein „Solidarsemester“ plädiert. Die Hochschulrektorenkonferenz positionierte sich auf einer mittleren Linie zwischen beiden Fronten. Bereits Mitte März gab einer Studie des Weizenbaum-Instituts zufolge ein Viertel der Dozent\_innen an, die Umstellung auf digitale Lehre stelle kein großes Problem dar. Tatsächlich gelang es den Hochschulen, in einer Mischung aus Offenheit gegenüber digitalen Formaten und einer gehörigen Portion Pragmatismus ein alles in allem funktionierendes Studienprogramm anzubieten.

So versandete die Debatte um ein Nicht-Semester und verlagerte sich im Laufe des Sommersemesters in Richtung einer Diskussion um Präsenz- vs. Online-Lehre. Als die Zahl der Neuinfektionen im Frühsommer abnahm,

wurden Forderungen nach einer Rückkehr zur Präsenzlehre laut. Über 5.000 Hochschullehrende verlangten in einem Offenen Brief die Rückkehr zur flächendeckenden Präsenzlehre spätestens zum Wintersemester. Kernargumente lagen in der in digitalen Formaten nicht abbildbaren Diskussionskultur der Präsenzveranstaltung sowie im für manche antiquiert anmutenden Verweis auf das professorale Charisma, das sich im digitalen Raum nur unzureichend entfalten könne. Die Unterzeichner\_innen trieb dabei sicher auch die Sorge, das gute Funktionieren der Online-Lehre könne zu einem Pyrrhus-Sieg für die Universitäten werden. Haushaltspolitiker\_innen könnten sich bemüßigt fühlen, in Zukunft Räume und Personal an den Hochschulen einzusparen, da Zoom-Lizenzen preiswerter als die Unterhaltung von Büro- und Seminarräumen seien. Andere Stimmen wie HRK-Präsident Peter-André Alt argumentierten, der Gesundheitsschutz habe oberste Priorität.

*„Es gelang den Hochschulen, in einer Mischung aus Offenheit gegenüber digitalen Formaten und Pragmatismus ein funktionierendes Studienprogramm anzubieten.“*

Nach einer in „Forschung und Lehre“ veröffentlichten Befragung gingen im Juli vier von zehn Lehrenden von einer Verschlechterung der Lehre durch Online-Formate aus. Ungefähr 60 Prozent sprachen sich für hybride Formate im Wintersemester aus. Inzwischen haben die steigenden Infektionszahlen dazu geführt, dass fast überall

wieder hauptsächlich digitale Semester mit Online-Lehre stattfinden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die vehementen Verfechter\_innen der Präsenzlehre diese nicht zu sehr idealisieren. Klug eingesetzt, können die jetzt neu eingeführten digitalen Formate vielleicht dazu beitragen, deren Schwächen auszugleichen, wobei den „asynchronen“, auf Lernplattformen basierenden Formen vermutlich größere Bedeutung zukommt als den „synchronen“.

### *„Das Bedürfnis nach guter Wissenschaftskommunikation steigt“*

Eine weitere Begleiterscheinung der Pandemie ist das erhöhte Bedürfnis nach guter Wissenschaftskommunikation. Waren zunächst vor allem Virolog\_innen und Epidemiolog\_innen gefragt, so fanden mit zunehmender Dauer der Krise auch Vertreter\_innen der Geistes- und Sozialwissenschaften öffentliches Gehör – von den Wirtschaftswissenschaften bis zur Philosophie. Im Bereich der Blogs und Podcasts ist ein wahrer Boom der Wissenschaftskommunikation entstanden. Der Schlagabtausch zwischen dem Berliner Virologen Christian Drosten und der BILD-Zeitung Ende Mai steht stellvertretend für die Herausforderung der alten durch die neuen Medien. Diese und andere Debatten vermittelten einer breiteren Öffentlichkeit, wie wissenschaftliche Prozesse vonstattengehen. Dass aus Widerspruch Erkenntnisgewinn resultiert und was genau ein Peer-Review-Verfahren ist, dürfte inzwischen mehr nicht-akademisch geschulten Bundesbürger\_innen vertraut sein als vor der Corona-Krise. Gleichzeitig stieg das – im Vergleich zu anderen Institutionen wie Parteien, Regierung und Medien – ohnehin hohe Vertrauen der Bürger\_innen in Wissenschaft und Forschung weiter an.<sup>1</sup>

### *„In der Krise zeichnet sich ein beunruhigender Rückschlag für die Gleichstellung in der Wissenschaft ab.“*

Der während der Pandemie entstandene Eindruck, die familiären Herausforderungen bei Kinderbetreuung und Home-Schooling würden vor allem von Frauen getragen,

<sup>1</sup> Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich in einer weiteren Paper-Reihe mit der Wissenschaftskommunikation im Zuge der Corona-Pandemie beschäftigt, siehe <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung/hochschulpolitik>.

spiegelt sich in der Wissenschaftscommunity vor allem durch ein verändertes Publikationsverhalten wider. Der Politologe David Samuels postete Mitte April einen viel beachteten Tweet, demzufolge die von Männern eingereichten Artikel um die Hälfte zugenommen hätten, während die Zahl der Einreichungen von Forscherinnen stagniere bzw. zurückgehe. Erste Evidenz für diesen Eindruck gab es in einer von Times Higher Education beauftragten Studie, nach der im April von 60.000 ausgewerteten Artikeln aus allen Disziplinen lediglich 31,2 Prozent von Frauen eingereicht wurden; im Mai sank die Zahl weiter auf 26,8 Prozent. Daraus lässt sich noch keine flächendeckende Benachteiligung, wohl aber ein beunruhigender Rückschlag für die Gleichstellung in der Wissenschaft ableiten.

Andere Gruppen traf es ebenfalls hart: Viele Studierende verloren Nebenjobs und erhielten von des zuständigen Bundesbildungsministeriums nur schleppend Unterstützung. Befristet beschäftigte Mitarbeiter\_innen auf Qualifikationsstellen hatten es schwer, die für ihre Arbeiten notwendige Literatur zu beschaffen und waren zudem durch die Umstellung auf Online-Lehre gefordert. Auch unter den Studierenden verschärften sich bereits bestehende Unterschiede; manche blieben den Lehrveranstaltungen fern oder nahmen nur mit abgeschalteter Kamera teil, andere wussten die neuen Freiheiten eines eigenverantwortlicheren Lernens selbstbewusst zu nutzen. Im Wintersemester droht ein weiteres Problem durch die hohe Zahl der Erstsemester, für deren Orientierung und Eingewöhnung in das universitäre Leben Präsenzformate kaum ersetzbar sein dürften.

### *„Der Dauerbrenner einer mangelhaften Grundfinanzierung der Hochschulen dürfte sich weiter verschärfen.“*

Infolge der Corona-Pandemie werden in Zukunft enorme Einschnitte auf die öffentlichen Haushalte zukommen. Selbst wenn das Geld zur Förderung epidemiologischer Forschung locker sitzen dürfte, wäre es keine Überraschung, wenn erneute Kürzungsdebatten auf die Etats der Hochschulen zukommen werden. Nach Aussage von Wissenschaftsministerin Anja Karliczek sollen 60 Milliarden aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung in den Bereich Bildung, Forschung und Innovation fließen. Hier stehen vor allem die Bereiche Wasserstoffwirtschaft, Künstliche Intelligenz, Impfstoffe und Digitalisierung im Mittelpunkt. Einen Fingerzeig darauf,

was bevorstehen könnte, sind die jüngsten Kürzungen der EU-Mittel für das Forschungsprogramm „Horizon Europe“ von noch im Mai veranschlagten 94,4 auf 80,9 Milliarden. Die deutschen Hochschulen haben hier insofern Glück, als die Gelder für die Exzellenzstrategie bereits fließen und die Fortschreibung des Hochschulpakts rechtzeitig vor der Pandemie beschlossen wurde. Die mangelhafte Grundfinanzierung, die ein Dauerbrenner der Hochschulpolitik ist, dürfte sich durch die Krisenfolgen aber langfristig weiter verschärfen.

November 2020

*Dr. Manuel Becker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Geschäftsführer des Instituts für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.*

#### **DEMOKRATIE IM AUSNAHMEZUSTAND. WIE VERÄNDERT DIE CORONAKRISE RECHT, POLITIK UND GESELLSCHAFT?**

Die Corona-Pandemie markiert die entscheidendste Krise der demokratischen Staaten und Gesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg. Von erheblichen Grundrechtseingriffen über die strapazierte Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen bis hin zu immensen wirtschaftlichen und sozialen Folgeschäden stellt sie unser Gemeinwesen auf eine vorher nicht gekannte Probe. Gleichzeitig macht die Krise bestehende, längerfristige Herausforderungen des demokratischen Systems mit besonderer Deutlichkeit sichtbar. Daraus ergeben sich vielfältige demokratierelevante Fragen an die Wissenschaft, die wir in der neuen E-Paperreihe diskutieren wollen.

Alle bisher erschienen Beiträge sind [hier](#) abrufbar.

Kontakt: Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, [alina.fuchs@fes.de](mailto:alina.fuchs@fes.de)

*Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.*